

SPD-Fraktion
Mühlenstraße 16
33397 Rietberg

29.04.2010

Haushaltsrede 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Das neue NKF zeigt uns deutlich, dass die finanzielle Situation auch von der sonst finanziell gut aufgestellten Kommune Rietberg in den nächsten Jahren von Jahr zu Jahr dramatischer wird.

Wir können nur noch bedingt selbst bestimmt den Haushalt beeinflussen. Über das GFG, über gekürzten Schlüsselzuweisungen und über die Kreisumlage wird die Stadt ausgepresst. Immer neue Aufgaben und immer weniger Einnahmen sind die wichtigste Ursache für die Misere. Diese Misere ist aber nicht nur auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen, auch die Schwarz -Gelben Regierungen im Bund und im Land haben unsere Misere zu verantworten, weil sie u. a. das Konnexitätsprinzip, dass der, der die Musik bestellt, sie auch bezahlen muss, ignoriert. Wir verurteilen diese unverantwortliche Politik der schwarz- gelben Regierungen aufs schärfste. Der Schwarz - .Gelben Regierung sind Subventionen an Hoteliers wichtiger als existentielle Belange der Kommunen, wie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz beweist. Wir fordern jeden Kommunalpolitiker auf im Rahmen seiner Möglichkeiten in den Verbänden und Parteigremien dafür zu sorgen, dass diesem Treiben ein Ende gesetzt wird. Insbesondere gilt dieser Appell dem Bürgermeister, dass er in seiner neuen Funktion im Städte- und Gemeindebund seinen Einfluss geltend macht. Wer glaubt denn, dass von den Beteuerungen des Herrn Rüttgers den Gemeinden helfen zu wollen, nach der Wahl noch jemand etwas wissen will.

In den Einbringungsreden von Kämmerer und Bürgermeister und in den Sitzungen der Sparkommission, in Informationsveranstaltungen für die Vereine und Wirtschaftsvertretern wurde uns sehr drastisch vor Augen geführt, was uns geschieht, wenn wir keinen rigorosen Sparkurs fahren. Wir werden dann den Weg über die Haushaltssicherung bis hin ins Nothaushaltsrecht gehen müssen.

Die SPD sagt ganz klar, wir wollen das nicht. Wir wollen alles tun, um selbst bestimmt aus der Misere zu kommen. Das heißt, wir müssen überall sparen. Wir muten den Bürgern einiges zu. Wir müssen die Gewerbesteuer erhöhen. Wir müssen die Grundsteuern erhöhen. Wir reduzieren die Badezeiten des Freibades. Wir muten den Bediensteten nicht nur einiges zu, wir belasten sie bis an die Grenzen, wobei allerdings durch Bürgerstiftung und Sparkasse einige Härten abgefedert werden.

Dieser 2. NKF-Haushalt unterscheidet sich von den Haushalten der vergangenen Jahre dadurch, dass uns die Systematik des NKF jetzt erst richtig bewusst wird. Uns wird transparent vor Augen geführt, dass wir nicht über unsere Verhältnisse leben dürfen. Wo wir wirklich stehen, wissen wir noch nicht so genau. Was wir allerdings wissen, ist, dass wir jede Investition auf ihre Nachhaltigkeit überprüfen müssen.

Ich werde mich auf wenige exemplarische Beispiele aus den verschiedenen Produkten des Haushalts beziehen.

Leistungsorientierte Bezahlung (LOB)

Wir sind der Meinung, dass sich die FWG mit ihrem Antrag die LOB auszusetzen, den Beamten gegenüber nicht fair verhält.

Es geht darum, das Besoldungsrecht so weiterzuentwickeln, dass die individuelle Leistung gewürdigt werden kann, ohne dass eine neue, aufwändige Bürokratie entsteht. Die Verwaltung wird in Zukunft mit weniger Ressourcen komplexere Aufgaben schneller und vielfach in höherer Qualität erbringen müssen. Dies kann nur mit qualifizierten,

motivierten und effizient arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelingen,

die dann auch Anspruch auf eine leistungsgerechte Bezahlung haben.

Schon im Haupt- und Finanzausschuss habe ich gesagt, dass die Angestellten und Beamten diejenigen sind, die die Hauptlast tragen werden, wenn die finanziellen Mittel knapp werden.

In bin sicher, dass die 11000 €, die wir hier nicht sparen, gute Rendite bringen werden.

Wir kürzen fast alle freiwilligen Leistungen um 25 %. Damit muten wir unseren engagierten Mitbürgern in den Vereinen schon eine Menge zu. Wir dürfen das Subsidiaritätsprinzip dadurch nicht gefährden, denn in unseren Verein wird für das Allgemeinwohl unschätzbar wichtige Arbeit geleistet. Deshalb ist der Begriff „Freiwillige Leistung“ irreführend. Wer soll als Beispiel die dringend notwendige Integrationsarbeit z. B. der Sportvereine sonst leisten.

Sehr gut finden wir, dass die Fraktionen sich Gedanken gemacht haben, selber zu sparen.

Die Kürzungen an die Fraktionen, der Verzicht auf Fahrtkosten u. a. sind für die Bürgerinnen und Bürger sicher ein gutes Zeichen. Erlauben Sie mir allerdings darauf hinzuweisen, dass nachhaltig der beste Spareffekt gewesen wäre, wenn sie unserem Antrag vor der Kommunalwahl gefolgt wären den Rat um drei Mitglieder zu kürzen.

Energetische Sanierung der Vereinsheime / Heimathäuser

Wir wollen mit den Vereinen in einen kreativen Dialog treten, um sie zu effizienterem Umgang mit Energie zu bewegen. Das ist nicht nur an sich angezeigt, sondern unsere Hoffnung ist, dass das auch noch eine Menge Geld spart. Dies alles geht allerdings nur, wenn wir die Vereinsheime, die wir den Vereinen mittel- bis langfristig übertragen wollen, in einen baulich und energetisch effizienten Stand versetzen. Wir werden die Vereine allerdings nicht dazu bewegen können, die Vereinsheime zu übernehmen, wenn wir kein Geld dafür zur Verfügung haben.. Der gemeinsame Antrag von FWG, SPD und Bündnis 90 / Grüne soll dieses Geld zur Verfügung stellen. Der Antrag wird in Zukunft unseren Haushalt merklich entlasten und nebenbei zu noch größerer Identifikation der Vereinsmitglieder mit dem dann in ihrem Besitz befindlichem Eigentum führen.

Im Haupt- und Finanzausschuss wurde dieser Antrag in einer Art und Weise von Bürgermeister und CDU-Fraktion abgekanzelt, wie es mir in meiner doch schon langen kommunalpolitischen Praxis bisher nicht vorgekommen ist. Der Bürgermeister macht es sich sehr einfach, in dem durch bürgerschaftliches Engagement Einsparungen erwirtschaftet werden sollen. Was erwirtschaftet werden kann, wird nicht in fairer Diskussion mit den ehrenamtlichen Vereinen erarbeitet, sondern diktiert. Bezeichnend ist, dass gestern ein Termin mit den Vereinsvorständen zu diesem Punkt angesetzt wurde, von dem die Politik, die heute über den Haushalt 2010 zu befinden hat, ausgeschlossen wurden. Dieses Verfahren dokumentiert wieder einmal die Wertschätzung des Rates.

Die Mittel von 240 000 € wären gerade in diesen Zeiten zusammen mit den Mitteln des Konjunkturpaketes eine wichtige Ankurbelung der heimischen Wirtschaft.

Zuschuss der Stadt an die Gartenschaupark GmbH

Schon im Wahlkampf hat die SPD-Fraktion gefordert, den Zuschuss der Stadt an den Gartenschaupark zu streichen. Wir wollten damit der Sporthalle in Neuenkirchen eine sichere und schnellere Perspektive geben. Wir waren uns sicher, dass der Park mit den zu erwarteten Überschüssen auf einem hohen Niveau erhalten werden kann. Und ich wiederhole mich, die SPD ist über jeden Zweifel erhaben, nicht genügend für den Park getan zu haben oder tun zu wollen. Was ist das für ein Ansinnen der Mehrheitsfraktion, wie sie im Haupt- und Finanzausschuss (und jetzt hier wiederholt) gezeigt hat, der SPD zu unterstellen, sie würde dem Park schaden. Das ist schlicht lächerlich. Die CDU schadet dem Image des Parks, weil sie völlig abgehoben von der Realität die Verhältnismäßigkeit zwischen Park und anderen Einrichtungen der Daseinsvorsorge außer Acht lässt. Sie gefährden damit den breiten Rückhalt für den Park in der

Bevölkerung. Wenn der Bürgermeister im Haupt- und Finanzausschuss sagt, die Streichung der Zuschüsse sei generationenfeindlich, muss ich ihm entgegenhalten, nichts ist generationenfeindlicher als unverhältnismäßig Schulden zu machen. Wenn wir jetzt nicht die Schuldenproblematik in den Griff bekommen, werden wir in Zukunft keine Handlungsspielräume mehr haben.

Der Vergleich mit Rheda – Wiedenbrück ist unangemessen, weil die Flora z. B. folgende Aufgaben hat:

Pflege des Parks (Kein Eintritt), Allgemeine Wirtschaftsförderung (macht bei uns nicht der Gartenschaupark), Stadtmarketing (macht bei uns nicht die Parkgesellschaft), komplette städtische Kulturarbeit (macht bei uns Culturig), Stadtbibliothek (kürzen wir), Tourismus (macht bei uns nicht die Parkgesellschaft), Image-Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für die Stadt Rheda - .Wiedenbrück (macht bei uns nicht die Parkgesellschaft), sprich alles, was im weitesten Sinne zur Wirtschaftsförderung und zum Kultursektor gehört, incl. das zu diesen Bereichen gehörende Personal wird von der Flora erledigt.

Und sie, Herr Bürgermeister vergleichen die Zuweisungen von Rheda – Wiedenbrück mit den Zuweisungen der Stadt Rietberg an den Park. Dieses Beispiel zeigt, wie solide ihre Argumentation ist.

Schon in den vorangehenden Beratungen zu diesem Thema zeigte die Mehrheitsfraktion eine Dünnhäutigkeit, die doch sehr verwunderlich ist. Sie merken, wie sie sich mit ihrer Haltung von den Bürgern entfernen, denn die sieht das mit überwältigender Mehrheit anders.

Schulpolitik

Für die Misere unserer Schulorganisationspolitik ist nicht nur die Landesregierung sondern auch die Stadt verantwortlich. Unverantwortlich ist, was im Hauptschulbereich geschehen ist. Die Anmeldezahlen zu den Hauptschulen sind die Quittung dafür, dass unsere Schulverwaltung die Realität ignoriert. Das Organisationschaos in der Hauptschule ist dadurch entstanden, dass die Hauptschule mit den zwei Standorten vertikal (an jeder Schule 5. bis 10.Klasse)geteilt wurde, was zur Folge hat, dass an keinem Stantort eine Schülerzahl vorhanden ist, die differenzierten Unterricht oder individuellen Förderunterricht möglich macht. Schon jetzt ist abzusehen, dass die Hauptschule die Mindestschülerzahlen nicht mehr erreicht. Wir haben von Anfang an davor gewarnt.

Effizienter Buseinsatz ersetzte hier pädagogisch sinnvolle Lösungen. Das ist am falschen Ende gespart.

Rat und Verwaltung müssen sich mit dem Gedanken abfinden, dass eine völlige Umstrukturierung vorgenommen werden muss. Die normative Kraft des Faktischen wird hier Willenserklärungen zum Erhalt der Hauptschule ersetzen. Ignoranz hat dazu geführt, dass man nicht schon vor

Jahren, die Möglichkeit ergriffen hat, aus den Hauptschulen Ganztagschulen zu machen. Wir haben ja noch heute den Antrag des Gymnasiums. Was für das Gymnasium gut ist, wäre noch viel notwendiger für die Hauptschulen gewesen.

Sanierung von Straßen

Investitionen im Straßenbau müssen auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit gesehen werden, deshalb ist der Beschluss des Bau-Planungsausschusses auch sehr richtig und mutig die nachhaltige Variante der Ausbaumöglichkeiten in der Fleige- Schürkmann- und Münchstraße zu wählen. Die vorbereitenden Untersuchungen von Prof. Köhler haben gezeigt, dass nur ein kompletter Ausbau unter Mitfinanzierung der Anlieger die wirtschaftlichste und unter Betrachtung der Hochwasserproblematik auch die beste Lösung für die Anlieger ist. Ich bezweifle, dass der Beschluss auch unter dem alten Haushaltsrecht so zustande gekommen wäre. Dieser Beschluss hat Präzedenzwirkung für alle weiteren Straßensanierungsmaßnahmen in Rietberg.

Meine Damen und Herren,
ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Ratsmitgliedern dafür bedanken, dass wir, trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten, wieder gemeinsam einiges für unsere Stadt auf den Weg bringen konnten.
Mein besonderer Dank aber geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus für die sehr gute Zusammenarbeit und ihr Engagement, mit dem sie ihre tägliche Arbeit verrichten.
Dem Haushaltsplan werden wir bei Ablehnung des gemeinsamen Antrags von FWG, SPD und Bündnis 90 / Grüne nicht zustimmen.

Gerd Muhle